

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD

Strafverfolgung wegen des Tatbestandes der Volksverhetzung in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Zur Ermittlung der tatsächlichen Relevanz von Strafverfolgungsmaßnahmen wegen des Tatbestandes der Volksverhetzung in Mecklenburg-Vorpommern frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung wurden in den Jahren 2015 und 2016 in Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet?

Im Jahr 2015 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 118 Ermittlungsverfahren und im Jahr 2016 wurden 182 Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung eingeleitet.

2. Wie viele dieser Ermittlungsverfahren wurden wegen mangelnden Tatverdachts wieder eingestellt?
3. Wie viele dieser Ermittlungsverfahren wurden nach §§ 153 - 153b Strafprozessordnung wieder eingestellt?

4. Wie viele dieser Ermittlungsverfahren führten zu einer strafrechtlichen Verurteilung?

Die Fragen 2 bis 4 werden zusammenhängend beantwortet.

Eine Beantwortung der Fragen ist der Landesregierung nicht möglich, da der Verfahrensausgang in Fällen der Volksverhetzung nicht gesondert statistisch erfasst wird. Eine händische Auswertung aller in Betracht kommenden Verfahrensakten (ca. 2.700 Vorgänge) würde einen Aufwand begründen, der mit der sich aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ergebenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren wäre.